

Im Rückwärtsgang

Afghanistans fragile Demokratie

Thomas Ruttig

Das könnte Langzeit-Weltrekord sein: Knapp fünf Monate nach der Parlamentswahl am 18. September 2010 und vier Monate nach Verkündung des „endgültigen“ Endergebnisses haben die Abgeordneten immer noch nicht ihre Arbeit beginnen können. Kurz vor dem 23. Januar 2011, dem Termin der Amtseinführung, ordnete Präsident Hamed Karzai an, dass das aus 249 Mitgliedern bestehende Unterhaus (darunter 64 über eine Quote gewählte Frauen) weiter warten muss, und zwar bis zum 23. Februar. Das soll nun aber endgültig der endgültige Termin sein.

Zur Begründung dieser fortgesetzten Verzögerung heißt es: Ein von ihm eingesetztes Sondergericht benötige mehr Zeit, um die tatsächlich massiven Wahlfälschungen weiter aufzuarbeiten. Doch der Hintergrund ist alles andere als demokratisch: Karzai gefällt das Wahlergebnis überhaupt nicht; viele seiner Verbündeten sind durchgefallen, und zwar trotz erheblicher Manipulationen zu ihren Gunsten. In Kabul zirkuliert eine Liste mit etwa 50 Namen, die Karzai im Parlament sehen will – ob gewählt oder nicht. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Stand des politischen Prozesses in Afghanistan, der nach dem Sturz des Taliban-Regimes im Westen auch als Demokratie-Projekt betrachtet wurde. Deals „hinter dem Vorhang“ sind wichtiger als die (immer weniger) abgegebenen Stimmen der afghanischen Wählerinnen und Wähler.

Die Wahlbeteiligung war auf offiziell 40 Prozent in diesem Jahr gefallen, während die von Enthusiasmus und der Erwartung, endlich die eigenen Angelegenheiten selbst in die Hände nehmen zu können, geprägte erste Präsidentenwahl 2004 noch 70 Prozent Beteiligung aufwies. Wahrscheinlicher sind allerdings bei der Wahl 2010 20 Prozent und darunter. So fielen auch die Schätzungen meh-

rerer Kandidaten unterschiedlichen politischen Hintergrunds aus, die der Autor in der Südostprovinz Paktia befragte.

Arithmetik der Wählerstimmen

Inzwischen weiß auch niemand mehr, wie viele Wähler es eigentlich gibt: 2004 schätzte man in Kabul, dass es 9,8 Millionen wahlberechtigte Afghanen gebe. Aber zu diesem Zeitpunkt waren bereits 10,5 Millionen Wählerausweise in Umlauf. Nicht alle Afghanen – vor allem die Frauen – verfügen über Personaldokumente. Während der Wählerregistrierung zur ersten Parlamentswahl 2005 kamen weitere 1,7 Millionen sol-

nen überschüssigen Wählerausweisen übrig, die sich aber hervorragend als Fälschungsinstrumente eigneten. Am Wahlabend des 18. September korrigierte die IEC die Zahl der Wahlberechtigten auf 9 Millionen herunter und gab gleichzeitig eine Wahlbeteiligung von 3,6 Millionen an, nämlich 40 Prozent. Hier endete die herkömmliche (Wahl)Mathematik völlig. Am nächsten Tag hatten die Kommissionsmitglieder offenbar selbst nachgerechnet und gaben nun 4,9 Millionen abgegebene Stimmen an. Dieser ganze Vorgang ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie desolat die afghanischen Institutionen arbeiten. Dem Wahlsondergericht machte es dies überaus leicht, Fehler zu finden.

Mehr unter www.aan-afghanistan.org

cher Ausweise dazu, vor der zweiten Präsidentenwahl 2009 noch einmal erstaunliche 4,4 Millionen und 2010 vergleichsweise bescheidene 400 000. Summa summarum sind das mehr als 17 Millionen.

Vor der Wahl 2010 gab die Unabhängige Wahlkommission Afghanistans (IEC) allerdings eine Zahl von 12,6 Millionen Wahlberechtigten an. Das ließ immer noch eine unerklärliche Lücke von fast fünf Millio-

Spätestens 2009 also hätte die internationale Gemeinschaft ihren Einfluss geltend machen und dafür sorgen müssen, dass die Vorbereitung zum Wahlbetrug gestoppt wird. Das tat sie aber nicht, da sie den gesamten politischen Prozess nicht gefährden wollte und keine Alternative zu Karzai fand. Was wiederum unter Afghanen den Eindruck verstärkte, dass der Wahlsieger ohnehin vom Westen ausgesucht werde.

Scheitern von Kommunismus, Islam, Demokratie

Nach dem Ende des Taliban-Regimes 2001 galt Demokratie auch den meisten Afghanen noch als Hoffnungswort, und Karzai galt als Hoffnungsträger. Nach Mulla Muhammad Omars Rückzug nach Pakistan waren die meisten Afghanen darauf versessen, ihr Schicksal endlich wieder in die eigenen Hände nehmen zu können. Doch schon damals gab es viele Befürchtungen. „Der Kommunismus ist hier gescheitert, der Islam ist hier gescheitert“, sagte mir Kabir Ranjbar noch Ende 2001, eines der profiliertesten Mitglieder des alten Parlaments, mit Hinweis auf die sowjetisch gestützten Regierungen zwischen 1978 und 1992 sowie auf ihre islamistischen Nachfolger, der Mujahedin (1992-96) und der Taliban (bis 2001). „Der einzige Weg ist jetzt die Demokratie. Aber was wird geschehen, wenn auch die Demokratie scheitert?“ Soweit scheint das Land nun zu sein.

Denn die Befürchtungen, dass sich die massiven Fälschungen, die bei der Präsidentschaftswahl 2009 zu

einem äußerst fraglichen Sieg Karzais führten, 2010 wiederholen würden, bestätigten sich. Wie schon im Jahr 2009 mussten diesmal wieder weit über eine Million Stimmen für ungültig erklärt werden, knapp ein Viertel aller Stimmen. Obwohl: So genau weiß man das gar nicht, denn es gibt für Afghanistan weder eine exakte Bevölkerungszahl noch ein verlässliches Wählerverzeichnis. Sicher ist nur, dass 17,4 Millionen Wählerausweise kursieren, dass das viel zu viele sind und dass sie 2009 und 2010 für die erwähnten Fälschungen eingesetzt wurden. Ergebnis: Niemand traut dem Wahlausgang, und die verschobene Parlamentseröffnung zeigt, dass das Tauziehen darum, welche Stimmen nun gewertet werden und welche nicht, sich noch einige Zeit hinziehen kann.

Die westlichen Regierungen haben 2009 Karzais anrühigen Wahlsieg anerkannt – ein Aberwitz der Geschichte. Zwar hielten sie sich im vergangenen Jahr mit Lobeshymnen zurück, aber das gab Karzai erst recht freie Hand für seine Eingriffe in den Wahlprozess, die auch geltende Verfassungsbestimmungen aushebeln.

Als sie dies bemerkten, kamen zahlreiche Parlamentskandidaten zu dem Schluss, dass sie keine Chance haben, wenn sie nicht selbst tricksen.

Die eigentliche politische Bedeutung der beiden Wahlen liegt aber außerhalb des Landes: Sie sollten dem Westen erlauben, Erfolge im Prozess der „Übergabe der politischen Verantwortung“ an die afghanische Regierung zu deklarieren, der auf dem NATO-Gipfel 2010 in Lissabon mit dem Endpunkt 2014 beschlossen wurde. Dies geht aber nur, wenn die Wahlen einigermaßen ruhig und regelrecht von statten gehen. Der bekannte Friedensforscher Amitai Etzioni von der *University of California* schrieb jüngst höhnisch in seinem Blog von „Erfolgen ohne Fortschritt“.

Abschiedsvorstellung des Westens

Die afghanische Wahl 2010 war aber bereits die politische Abschiedsvorstellung des Westens vom leidgeprüften und immer noch nicht stabilisierten, geschweige denn friedlichen Afghanistan. Und dieser Rückzug wiederum ist Zeichen des Scheiterns des Westens – eines unnötigen Scheiterns, zumindest in Sachen Demokratisierung.

Eigentlich war bereits nach dem ersten Wahlzyklus 2004/05 klar, dass das gesamte Wahlrecht reformiert werden müsste. Weder das geschah, noch setzten sich die westlichen Regierungen hinreichend dafür ein, dass die afghanischen Wahlinstitutionen wirklich unabhängig handelten, und ebenso wenig für die Schaffung einer von allen Seiten anerkannten Schlichtungsstelle; das Oberste Gericht ist Karzai-hörig, ein Verfassungsgericht gibt es nicht. Das führt zu dem gegenwärtigen politischen Jojo-Spiel zwischen Wahlkommission, Gerichten und Kabuler Präsidentenpalast.

Dies alles konnte man in den Berichten der offiziellen Wahlbeobach-

Afghanistan immer tödlicher

Der in Kabul ansässigen Nichtregierungsorganisation *Afghanistan Rights Monitor* (ARM) zufolge war 2010 das bisher tödlichste Jahr für afghanische Zivilisten seit Kriegsbeginn 2001. 2010 seien 2 421 Zivilisten in Kampfhandlungen getötet worden, zwischen sechs und sieben pro Tag. Weitere 3 270 wurden verletzt. 63 Prozent der Opfer seien von den Aufständischen verursacht worden. ARM kritisierte die Taliban dafür, dass sie Zivilisten absichtlich zu Zielen machten, die US- und NATO-Truppen, weil sie jedes Kriegsoffer als „vermutlichen Insurgenten“ bezeichneten. 217 Nichtkombatanten seien bei westlichen Luftangriffen umgekommen. 2010 sind auch 700 ausländische Soldaten umgekommen, so viele wie nie seit 2001. US-Truppen lösten eine weitere Kontroverse aus, als sie zugaben, Obstgärten in Süd-Afghanistan abholzen zu lassen, in den sich Taliban verstecken könnten. Dabei sei örtlichen Amtsträgern zufolge ein Schaden von 100 Millionen US-Dollar entstanden, Zahlen, die jedoch sowohl von den alliierten Truppen als auch aus Kabul dementiert wurden – nicht jedoch die Tatsache selbst. Afghanistan-Blogger Joshua Foust nannte das ein Beispiel dafür, „wie kurzfristiges Denken langfristiges Scheitern in Afghanistan verursacht“.

ter von EU und OSZE – nominiert von eben diesen Regierungen – nachlesen. Die internationale Gemeinschaft war damit beschäftigt, die Taliban militärisch zurückzudrängen und vergaß darüber alles Weitere. Auf der Afghanistan-Konferenz im Juli 2010 in Kabul bescheinigte sie der Karzai-Regierung sogar wider besseres Wissen, diese fühle sich „vollständig der Durchführung transparenter, inklusiver und glaubwürdiger Wahlen verpflichtet“.

Aber die fehlenden Rechtsgrundlagen lassen das Vertrauen der Afghanen in demokratische Prozesse weiter schwinden, sie sind geradezu eine Einladung zum Manipulieren. Die Taliban – die einzige organisierte Alternative – wird es freuen.

Wer bildet das neue Parlament?

Selbst wenn hinter vielen Namen in der Mitgliederliste des afghanischen Parlaments noch Fragezeichen stehen, kann man den Trend schon erkennen: Präsent sind vor allem Kandidaten mit Feuerkraft und Geld, frühere Mujahedin-Kommandeure, neureiche Geschäftsleute. Oft überschneiden sich beide Gruppen. Dazu kommen eine ganze Reihe politisch noch nicht einzuordnender Newcomer, darunter viele Frauen. Nur 90 Mitglieder des 2005 gewählten ersten Nach-Taliban-Parlaments schafften den Wiedereinzug. Kandidaten aus der pro-demokratischen, regierungskritischen Minderheit wurden mehrheitlich nicht wiedergewählt. Sie konnten bei den massenweisen Fälschungen einfach nicht mithalten – oder weigerten sich, dabei mitzumachen, wie der Jurist Ranjbar. Auch die Vertreter einiger Parteien, die es trotz faktischen Listen- und Fraktionsverbots geschafft hatten, sich zu profilieren, flogen heraus, und zwar von den Islamisten „ganz rechts“ über die ehemaligen und Noch-Linken bis zu den paschtunischen Nationalisten von der Partei *Afghan Millat* (Afghanische Nation).

Damit wird das neue Unterhaus noch weniger erfahren, weniger „politisch“ sein als das alte. Und es wird noch stärker als zuvor unter dem Einfluss der mit Karzai verbündeten Warlords stehen. Ob es den Präsidenten durchgängig unterstützen wird, ist noch unklar. Ohne Parteien und Fraktionen – die sind laut geltendem Wahlrecht nicht zugelassen – kann sich jeder Abgeordnete vor jeder Abstimmung überlegen, wie er oder sie stimmen will. Das macht sie anfällig für politischen Druck, Manipulation und materielle Anreize – von allen Seiten.

Insgesamt waren die Wahlen ein weiterer Rückschlag für Afghanistans 2001 begonnenen und seither mit vielen Hoffnungen begleiteten fragilen demokratischen Prozess. Doch der Rückwärtsgang ist eingelegt, Ranjbars Pessimismus scheint berechtigt.

Könnte eine außerparlamentarische Demokratie-Bewegung entstehen, mit der sich das Ruder herumreißen ließe? Wahrscheinlicher ist ein anderes Szenario: Wenn sich die westlichen Truppen – darunter die deutschen – schon ab 2011 aus Afghanistan zurückziehen, schwindet auch die internationale politische Aufmerksamkeit für das Land, seine Menschen und die Demokraten unter ihnen, die zur leichten Beute der dann ungebremsten Warlords werden könnten. Die abschreckende Funktion billigen die Afghanen den ausländischen Soldaten noch immer zu. Von den hehren Zielen der verfehlten internationalen Militärintervention bleibt weiter nichts übrig, nur die eine Angst: Dass nach dem ISAF-Abzug überhaupt niemand mehr die Warlords und ihre Milizen – inklusive die Taliban – zügeln kann.

Nachtrag 17.2.2011: Inzwischen hat das Parlament seine Arbeit aufgenommen.